

Wo eigentlich steckt Helmut Schmidt?

Am 12. März ratifizierte der Bundesrat das Polen-Abkommen; der exklusiv zwischen FDP-Chef Genscher und der CDU/CSU-Spitze ausgehandelte Brief nach Warschau hatte ein Scheitern verhindert.

Am 15. März verließen Wirtschaftsminister Friderichs (FDP) und sein niedersächsischer Kollege Kiep (CDU) abrupt die Leipziger Messe; ihr Abgang diktierte Bonns Reaktion auf die Nichtzulassung dreier westdeutscher Journalisten in der DDR.

Am 18. März beschloß der Bundestag das neue Mitbestimmungs-gesetz; nur die von der FDP ersonnenen Retuschen an der Parität sicherten das Plazet der Union.

Freidemokraten und Union, so scheint's, bestimmen die Richtlinien der Politik.

Wo eigentlich steckt Helmut Schmidt?

Der Kanzler sitzt in einer wahl-taktischen Falle, die er selber auf-gestellt hat: Eingeklemmt zwischen persönlichem Erfolgszwang und poli-tischer Nötigung des liberalen Partners, verharrt Schmidt-Schnau-ze reglos und mundtot.

Denn er muß fürchten, daß er seiner SPD 1976 keinen so fulminanten Wahlsieg hinlegen kann wie Charis-matiker Brandt vier Jahre zuvor. Um gleichwohl seine Sozialdemo-kraten oben und sich im Chefstuhl zu halten, versucht er, den Freide-mokraten Regierungsnischen freizu-halten, in die Hans-Dietrich Gen-scher treten und sich so profilieren soll, daß er via FDP der Koalition zumindest die Stimmen sichern kann, die der angeschlossenen SPD vermutlich verlorengehen.

Nur: Hat Schmidt bedacht, wie rigoros sich Genscher im — noch gemeinsam gemachten — Bett breitmacht? Und kann er sich noch auf die Koalitionstreue von Gen-schers blau-gelben Gesellen verlas-sen?

Zähnebleckend muß der Bundes-kanzler mit ansehen, wie der Vize-kanzler die Richtlinienkompetenz des Kanzlers Nische für Nische be-setzt — in der Ostpolitik, in der Deutschlandpolitik, in der Gesell-schaftspolitik.

Schmidt bleibt auf den objektiven Risiken seiner Wirtschafts- und Fi-nanzpolitik hocken, mit der er kaum Staat bei seinen Stammwäh-lern machen kann.

Verharrt die Wirtschaft in der Vor-Aufschwungsphase, dann drückt den Kanzler am Wahntag der Arbeitslosen; kommt die Wirt-schaft doch unter Dampf, muß er sich am 3. Oktober vorrechnen las-sen, daß eine zur Zeit wohlweislich unternehmerfreundliche Politik die Arbeitnehmer (mit den geringen Lohnerhöhungen dieses Frühjahrs und drohenden Verbrauchssteuer-erhöhungen für Anfang 1977) um die Früchte seines Aufschwungs ge-bracht hat.

Schon droht das sozialliberale Tandem merklich in die FDP-Rich-tung zu schlingern, der sozialdemo-kratische Lenker zum Beifahrer zu werden. Das brauchte Schmidt nicht zu grämen, wenn er sich auf die Loyalität der Mittreter verlassen könnte. Das aber kann er nicht mehr, seitdem es den Freidemokra-ten im Rücktritts-Fuß kribbelt.

Jeder zusätzliche Erfolg, den der Kanzler der Partei des Vize-kanzlers konzidiert, treibt die Gen-schers — von Schmidt ungewollt — näher an einen potentiellen Koali-tionspartner CDU/CSU heran.

Nicht von ungefähr verstehen sich der Außenminister Genscher und seine Freunde von der Union, wenn er Entspannungsrückschritte bei den Russen feststellt, mit War-schau nächtelang über Nachbesse-rungen des Polen-Vertrages verhan-delt und mit der DDR, die gar nicht zu seinem Aufgabenbereich gehört, Tacheles zu reden versucht. Und nicht von ungefähr findet sich der Profilsucher im Akkord mit der Op-position, wenn er die Mitbestim-mungsparität kappt, die Pläne zur Reform der Berufsausbildung kon-terkariert und von der steuerlichen Überlastung der Wirtschaft philoso-phiert.

Die Taktik des Kanzlers ist fatal und ohne Ausweg.

Es sei denn, Helmut Schmidt gäbe zu erkennen, wo er denn eigentlich steckt.

Dann freilich müßte er das Risiko eines konsequenten SPD-Wahl-kampfes anstelle des nur vermeint-lich sicheren sozialliberalen einge-hen. So wenigstens könnte er, wie weiland Brandt für sich, die Schmidt-müde eigene Gefolgschaft mobilisieren, statt Stimmen zu ver-leihen, mit denen der Partner früher oder später durchgeht.

ein weiteres Symptom. Ende der Ent-spannung, wie der Westen sie versteht? Ende auch der Hoffnung auf Wandel durch Annäherung, Rückfall in den Kalten Krieg?

Genausowenig wie die Kreml-Astro-logen bisher eine bündige Erklärung für den härteren Kurs Moskaus gegen-über den Amerikanern und ihren Ver-bündeten gefunden haben, genausowe-nig haben die Bonner eine schlüssige Deutung für das DDR-Manöver um die drei Korrespondenten parat. Sie bieten nur verschiedene Lesarten an.

„Journalisten-Austausch ist die kritischste Sache.“

Einmal: Die Falken in der DDR-Führung wollten durch Kraftakte ge-genüber der Bundesrepublik ihre Start-chancen für die Politbürowahlen im Mai verbessern. Oder: Ost-Berlin möchte die DDR-Berichterstattung westdeutscher Korrespondenten, von den eigenen Bürgern als korrekt ge-schätzt, soweit wie möglich einschrän-ken. Ein DDR-Kenner in Bonn: „Für Ost-Berlin ist der Journalisten-Aus-tausch die kritischste Sache.“

Und schließlich: Das Regime des SED-Chefs Erich Honecker habe mit seiner Entscheidung, die just an dem Tag bekanntwurde, an dem die Polen-Verträge den Bundesrat passierten, eine doppelte Demonstration beabsichtigt. Den Polen, die sich für Honeckers Ge-schmack allzu konzessionsbereit ge-zeigt hatten, sollte vorgeführt werden, wie man mit dem Klassenfeind um-springt; und Bonn sollte lernen, daß in der DDR nicht solche Kompromißler an der Macht seien wie in Warschau.

Für die an gedämpftere Bonner Ein-reden gewöhnte DDR-Führung einiger-maßen überraschend reagierten die Bundesdeutschen diesmal freilich zu-nächst so, als ob auch für sie die Zeit für Kompromisse vorbei sei. Nicht nur daß Hans Friderichs in Leipzig auf dem Fuße kehrte — die Sozialli-beralen setzten auch noch eins drauf: Sie verweigerten der DDR die Lande-erlaubnis für ein Sonderflugzeug, das die SED-Politbüromitglieder Paul Ver-ner und Günter Mittag samt Gefolge zum Parteitag der DKP nach Bonn bringen sollte.

Wenngleich die Entscheidung schon vor dem Korrespondenten-Spektakel gefallen war, deklarierte sie Kanzler Helmut Schmidts Pressesprecher Klaus Bölling hinterher noch als Strafaktion um. Man hätte, so Bölling, erst recht so entschieden, wenn die Leipziger Affäre bereits bekannt gewesen wäre. Bonns Berlin-Bevollmächtigter, Staatssekretär Dietrich Spangenberg (SPD), freute sich: „Der Zeitpunkt war erreicht, wo wir mal mit dem Hammer zuschlagen mußten.“

Die christdemokratische Opposition, der die ganze Richtung der Ostpolitik